
HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE POLITIK

Rezension von: Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen:
Herausforderungen für die Politik.
Gestaltungsvorschläge zu Wirtschaft, Umwelt, Arbeit und Soziales.
Kurswechsel Sonderband 1990,
94 Seiten, öS 85,-

Zum dritten Mal wendet sich die im Titel genannte Gruppe mit einer Broschüre zur österreichischen Wirtschaftspolitik an eine in wirtschaftspolitischen Diskussionen vorgebildete Öffentlichkeit. (Vgl. Wirtschaft und Gesellschaft 1/86 und 1/89.) Während die erste Broschüre auf dem Hintergrund des Endes des Austrokeynesianismus und des Anstiegs der Arbeitslosigkeit Anfang der 80er Jahre entstand, sich die zweite Broschüre gegen die apokalyptische Jubelstimmung – wenn Österreich nicht der EG beitrifft, dann werden wir über kurz oder lang verhungern – wendet, so hat die vorliegende Arbeit die Erfahrungen der späten 80er Jahre als Basis: Die Wirtschaft wächst stark, dementsprechend auch die Beschäftigung und für einen großen Teil der Bevölkerung die Einkommen; die Arbeitslosigkeit ist aber weiterhin hoch.

Der Pessimismus in bezug auf die österreichische Wirtschaftsstruktur, insbesondere der Industriestruktur – nämlich, daß zu wenig Dynamik vorhanden ist und Österreich immer weiter zurückbleiben wird, – hat sich als unbegründet erwiesen. Ebenso unbegründet ist aber leider auch die Hoffnung, daß ein entsprechendes Wirtschaftswachstum sämtliche Probleme lösen wird. Mit Recht wird daher in

dieser Arbeit mehrfach festgehalten, daß ein Bedarf an wirtschaftspolitischen Eingriffen vorhanden ist. Ziel der Wirtschaftspolitik könne aber nicht bloß die Verhinderung angeblich drohender Katastrophen sein, sondern die Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse.

In der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung muß es daher zuerst um Ziele gehen, erst dann kann über die Mittel diskutiert werden. Die Modernisierung Österreichs im Sinne einer Effizienzsteigerung und eines Wachstums der Produktivität ist angesichts der hohen Wachstumsraten der letzten Jahre kein sehr spannendes Programm. Es ist schade, daß dieser Punkt nicht stärker herausgearbeitet wurde, wodurch diese Broschüre einen etwas technischen Charakter bekommen hat.

Es fehlt jede Überlegung zum Thema, wie Wirtschaftspolitik wahrgenommen, wie sie diskutiert wird. Zwar wird der Satz von Rothschild: „Wirtschaftspolitik ist vor allem und in erster Linie Politik“ als Motto des ersten Kapitels angeführt, Politik wird aber in dieser Broschüre auf ein Wollen der politischen Instanzen reduziert; als öffentliches Geschehen kommt sie nicht vor.

Fast alle zentralen Themen, die in den letzten Jahren in der wirtschaftspolitischen Diskussion präsent waren, werden in fundierter, wenn auch sehr kurzer Darstellung behandelt und einige Reformvorschläge ausgearbeitet. Dazu kommen jene Themen, die aus der allgemeinen wirtschaftspolitischen Diskussion fast vollkommen ausgeschlossen sind, nämlich Verteilungspolitik und Ausbau des Sozialstaates jenseits einer Pensionsreform.

Im zentralen Kapitel über Wirtschaft werden Industriepolitik und Verteilungspolitik abgehandelt. Durch eine richtige Industriepolitik soll gesichert werden, daß Wohlstand produziert wird, durch die Verteilungspolitik, daß ein steigender Wohlstand nicht bei nur wenigen bleibt.

Die Notwendigkeit einer Internationalisierung der österreichischen Industrie zur Aufrechterhaltung und Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit wird akzeptiert, aber ein Unterschied zwischen einer aktiven und einer passiven Internationalisierung hervorgehoben. Bei letzterer muß unter anderem darauf geachtet werden, daß der Standort für Firmenleitungen in Österreich bleibt. Es muß bei einer hinreichend großen Zahl von Unternehmungen in Österreich entschieden werden, was produziert wird und wie produziert wird, damit Österreich nicht vom Ausland abhängig wird. Der Frage, ob die Eigentümer Ausländer oder Inländer sind, Private oder der Staat, wird kaum erwähnt. Sie wird aber nicht deshalb als irrelevant betrachtet, weil ausländische Unternehmen jene Modernisierung bringen könnten, zu denen österreichische Unternehmungen angeblich nicht fähig sind, sondern weil die abstrakte Frage des Kapitaleigentums durch die konkrete der Verfügungsrechte ersetzt wurde.

Während die offizielle Industriepolitik darauf setzt, große effiziente Unternehmungen zu schaffen, wird hier vorgeschlagen, an den existierenden Strukturen in der österreichischen Industrie anzuknüpfen. Es sollen organisatorische Rahmen geschaffen werden, die es den Klein- und Mittelunternehmen ermöglichen, miteinander zu kooperieren. Nicht Unternehmen sollen fusioniert werden, um alle unternehmerischen Funktionen zu zentralisieren, sondern spezifische Aufgaben können durch Zentralisierung effizienter organisiert werden, ohne daß die Selbständigkeit der Unternehmungen vollständig verloren geht. Als Modell dienen wohl kleinunternehmerische Kooperationen in Mittelitalien. Offen bleibt bei dieser Forderung allerdings, in welcher Form staatliche Instanzen hier aktiv werden können und wieso nicht Unternehmungen und deren Interessenverbände von sich aus zu solchen Kooperationen

bereit sind. Wenn etwa gefordert wird „enge Zusammenarbeit der wirtschaftspolitischen Instanzen auf allen Ebenen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter und anderer Interessengruppen. Doppelgleisigkeiten, partei- oder regionalpolitische Eifersüchteleien zerstören die Möglichkeiten zur gedeihlichen Entwicklung. Die Bündelung aller relevanten Kräfte ist absolut notwendig“, so wird wohl jeder sagen: selbstverständlich. Welcher Verein, der zur Rettung Österreichs antritt, könnte einen solchen Passus nicht in sein Parteiprogramm hineinschreiben?

In der Verteilungspolitik werden zwei Probleme hervorgehoben: Erstens die immer ungünstiger werdenden Lohnstruktur und zweitens die immer größer werdende Bedeutung der Vermögen. Die Lohndifferenziale sind nicht nur größer als in den meisten vergleichbaren Ländern, sondern sie haben darüber hinaus in den letzten Jahren zugenommen. Dies ist nicht nur ein soziales Problem und eines der Gerechtigkeit, sondern auch eines der Wirtschaftsstruktur: Durch hohe Löhne sollen die Unternehmen zu höherer Effizienz bei Strafe des Unterganges gezwungen werden. Die Existenz eines großen Kapitalstocks, der entsprechende Vermögen bei den Haushalten bedingt, hat noch keinen Niederschlag in der Steuerpolitik gefunden: Obwohl die Relation zwischen Vermögen und Bruttoinlandsprodukt aufgrund der Akkumulation stark zugenommen hat, nimmt der Anteil der Steuern aus Vermögen und Vermögensertrag weiter ab.

Das zweite große Kapitel ist der Umweltpolitik gewidmet. Hierbei wird vor allem die Bedeutung der Ökosteuern angeführt, wie sie derzeit in Österreich in vielen wirtschaftspolitischen Artikeln, so auch in „Wirtschaft und Gesellschaft“, diskutiert werden. Ein zweites entscheidendes Feld der Umweltpolitik soll eine entsprechende Verkehrspolitik sein.

Neu in der österreichischen wirt-

schaftspolitischen Diskussion sind die Thesen zur Beschäftigungspolitik. Zwar trägt das entsprechende Kapitel den gleichen Titel wie die erste Broschüre – „Wege zur Vollbeschäftigung“ –, aber es werden doch wesentliche Modifikationen an bisherigen Vorstellungen vorgenommen. Während in den zehn Jahren zwischen der Krise 74 und dem Ende der Regierung Kreisky Vollbeschäftigung das alles dominierende Ziel in der Wirtschaftspolitik war, wobei Vollbeschäftigung am Nichtanwachsen der Arbeitslosenziffer gemäß österreichischer Arbeitslosenstatistik gemessen wurde, wird dieses Ziel hier wesentlich qualifiziert. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen läßt die Persistenz der Arbeitslosigkeit bei hohem Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum eine Beschäftigungspolitik im keynesianischen Sinn als obsolet erscheinen. Zweitens zeigt das Beschäftigungswunder in den Vereinigten Staaten, nämlich der starke Abbau von Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem starken Einstrom von ausländischen Arbeitskräften in den 80er Jahren, der zu einem beträchtlichen Teil in den Niedriglohnbereichen des Dienstleistungssektors stattgefunden hat, daß nicht jede Beschäftigungsausweitung wunderbar ist. Es genügt nicht, Arbeitsplätze zu schaffen, sondern es geht um Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung. Dem entsprechen, wie bereits

erwähnt, die Vorstellungen zur Lohnpolitik: Es sollen nicht Arbeitsplätze um jeden Preis erhalten werden. Lohnpolitik kann auch ein Mittel der Strukturpolitik sein. Es wäre allerdings in diesem Zusammenhang notwendig, ein grundsätzliches Problem der österreichischen Wirtschaftsstruktur zu behandeln: Solange als wichtigste Kennzahl österreichischer Wirtschaftsentwicklung die jährliche Nüchternzahl dient, solange man sich also dazu bekennt, daß Österreich in der europäischen Arbeitsteilung sich immer mehr auf Tourismus spezialisiert, gibt es wenig Chancen für eine überproportionale Ausweitung des Hochlohnbereichs. Tourismus ist in der ganzen Welt eine Niedriglohnindustrie.

Das abschließende Kapitel ist dem Ausbau des Sozialstaates gewidmet. Interessant ist, daß es dabei nicht nur um einen Ausbau bestimmter Einrichtungen und entsprechende Verwaltungsreformen geht, sondern daß den Unternehmungen eine verstärkte Aufgabe bei der Bewältigung sozialer Probleme zugemutet wird. Es soll den Unternehmen nicht möglich sein, Problemgruppen und soziale Probleme an die öffentliche Hand abzuwälzen und sich dann über die Kosten des Sozialstaates zu beklagen, sondern sie selbst sollen in die Sozialpolitik eingebunden werden.

Peter Rosner